

Berühren sich die Extreme? Ein empirischer Vergleich von Personen mit extrem linken und extrem rechten Einstellungen in Europa.

Kai Arzheimer

Bitte beachten Sie: Es handelt sich hier um ein Manuskript.
Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung in
Backes/Jesse 2006: 253-281

I. Einleitung und Fragestellung

Extremismusforschung ist in gewisser Weise stets eine „empirische“ Disziplin, weil sie sich mit realen politischen Phänomenen befasst. Dies gilt sowohl für die eher ideengeschichtlichen orientierten Ansätze, die sich beispielsweise mit Herkunft, Struktur und Wirkungen extremistischer Ideologien der „Eliten“ beschäftigen, als auch für die empirische Extremismusforschung im engeren Sinne, die in erster Linie die Einstellungen und Verhaltensweisen der „Massen“, d.h. der gewöhnlichen Bürger betrachtet.¹ Während allerdings Forscher, die sich mit extremistischen Ideologien auseinandersetzen, immer wieder darauf hingewiesen haben, dass sich extremistische Ideen mit ganz unterschiedlichen Positionen auf der politischen Links-Rechts-Achse verbinden können, überwiegt im Bereich der empirischen Beschäftigung die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die internationale Forschung. So verzeichnet die Datenbank „International Bibliography of the Social Sciences“, in der Monographien, Aufsätze, Rezensionen aus mehr als 100 Ländern nachgewiesen werden, die seit 1981 erschienen sind, für die Suchphrase „right-wing extremism“ 130 Treffer. Unter „left-wing extremism“ hingegen ist kein einziger Eintrag verzeichnet. Für andere Literaturdatenbanken ergeben sich sehr ähnliche Zahlenverhältnisse.²

Die Ursachen für dieses Missverhältnis liegen auf der Hand: Neben den politischen Präferenzen³ einiger Sozialforscher spielt hier vor allem die Tatsache eine Rolle, dass es sich in der Forschungspraxis als schwierig erwiesen hat, ideologisch neutrale Indikatoren für extremistische Einstellungen zu finden, mit deren Hilfe sich sowohl Links- als auch Rechtsextremisten identifizieren ließen. Mit

¹ Der Begriff der „Elite“ ist hier in einem wertfreien und inklusiven Sinne zu verstehen und bezieht sich auf solche Personen, die – in der Regel als Mitglieder von Parteien und anderen politischen Organisationen – in einem ungewöhnlichen hohen Maße politisch aktiv sind. Gleiches gilt mit umgekehrten Vorzeichen für den Begriff der „Massen“.

² Die noch im Aufbau befindliche Datenbank scholar.google.com enthält 105 Treffer für „right-wing extremism“, aber nur fünf Einträge für „left-wing extremism“. Die Literaturdatenbank SOLIS schließlich führt unter dem Stichwort „Linksextremismus“ 35 Belegstellen auf. Für „Rechtsextremismus“ sind es 1156. Alle Angaben beziehen sich auf den Stand vom Februar 2005.

³ Die empirischen Befunde in diesem Beitrag deuten allerdings darauf hin, dass es auch substantielle Gründe für dieses Ungleichgewicht geben dürfte.

dem Vorwurf, dass ihre Instrumente ausschließlich spezifisch rechts-autoritäre Persönlichkeitszüge erfassen würden, mussten sich bereits die Mitglieder der Berkeley-Gruppe auseinandersetzen. Ähnliche Kritik richtete sich aber auch gegen die Vorschläge von Milton Rokeach, der gehofft hatte, ideologische Einseitigkeiten, wie sie der Berkeley-Gruppe vorgeworfen wurden, vermeiden zu können, indem er die Strukturen politischer Überzeugungen in den Vordergrund rückte, von den Inhalten abstrahierte⁴ und die Extremismusforschung auf diese Weise auf eine kognitionspsychologische Grundlage stellte. Spätere Untersuchungen konnten jedoch zeigen, dass die Items der von Rokeach entwickelten Skala in ähnlicher Weise ideologieladen waren wie die der „F-Skala“ der Berkeley-Gruppe.⁵

Hinzu kam speziell in der alten Bundesrepublik ein politischer Faktor: Seit dem KPD-Verbot von 1956 war der Linksextremismus in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte als *Massenphänomen* zumeist von geringer Bedeutung,⁶ während es den Parteien der extremen Rechten während der „drei Wellen rechter Wahlerfolge“ immer wieder gelang, bei einzelnen Landtagswahlen die Fünfprozenthürde zu überspringen.⁷

Erst mit dem Einzug der PDS in den Bundestag und die ostdeutschen Landtage geriet das Phänomen des Linksextremismus wieder ins Blickfeld der empirisch orientierten Forschung. Inwiefern die PDS als ganzes jedoch als eine extremistische Partei betrachtet werden kann, ist nach wie vor strittig. Zudem ist die Westausdehnung der PDS wohl endgültig gescheitert, so dass der parteipolitisch organisierte Linksextremismus in den alten Ländern auch weiter ohne Bedeutung bleiben dürfte.

Noch seltener als empirische Untersuchungen zur Massenbasis des Linksextremismus finden sich in der deutschsprachigen Literatur systematische Vergleiche zwischen den Anhängern beider Formen

⁴ Siehe Milton Rokeach, *The Open and the Closed Mind. Investigations into the Nature of Belief Systems and Personality Systems*, New York 1960, S. 6.

⁵ Siehe Detlef Oesterreich, *Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion*, Opladen 1996, S. 68-69.

⁶ Dies bedeutet nicht, dass der Linksextremismus in der Bundesrepublik keine politische Rolle gespielt hätte. Zumeist organisierte er sich jedoch in Form von politischen Sekten, gewaltbereiten Zellen oder radikalen Strömungen innerhalb von insgesamt eher gemäßigten Organisationen, seit Beginn der achtziger Jahre dann auch in Form militanter „Autonomer Szenen“ mit lokalen Schwerpunkten.

⁷ Siehe dazu Kai Arzheimer/Harald Schoen/Jürgen W. Falter, *Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten*. In: Richard Stöss/Wilfried Schubarth, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2001, S. 220-245.

des Extremismus. An die (nicht unproblematische) Pionierstudie von Klingemann und Pappi,⁸ die Wähler von NPD und DKP kontrastiert, haben erst 25 Jahre später Arzheimer und Klein mit ihrem Vergleich von (westdeutschen) REP- und (ostdeutschen) PDS-Wählern anzuknüpfen versucht.⁹

Beide Arbeiten analysieren jedoch lediglich *Wähler deutscher Flügelparteien*. Darin liegt eine doppelte Beschränkung: Zum einen überschneidet sich diese Gruppe mit der Gesamtheit der Extremisten in Deutschland, ist aber keineswegs deckungsgleich, zum anderen zeigen sich viele interessante Befunde erst in ländervergleichender Perspektive, da soziale, kulturelle, politische und ökonomische Unterschiede zwischen den europäischen Gesellschaften oft einen erheblichen Einfluss auf politische Einstellungen und Verhaltensweisen haben. Ziel des vorliegenden Beitrages ist es deshalb, auf der Grundlage (vergleichsweise) aktueller Daten der Frage nachzugehen, welchen Umfang das links- bzw. rechtsextreme Potential in Europa hat und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Personen mit pointiert linken bzw. rechten Einstellungen tatsächlich bestehen. Dabei kann es sich notwendigerweise nur um erste Schritte auf einem bislang kaum erschlossenen Terrain handeln. Folglich ist der Beitrag nicht strikt hypothesenprüfend, sondern eher explorativ angelegt.

II. Terminologische Vorbemerkung

Die große Vielfalt von Begriffen und Definitionen, die im Bereich der Extremismusforschung gebräuchlich sind – Uwe Backes spricht in diesem Zusammenhang zurecht von einer geradezu „babylonischen Sprachverwirrung“¹⁰ – „verleitet“ viele Autoren dazu, ihre Arbeiten mit einer Erörterung der Bedeutung der von ihnen verwendeten Begriffe“ zu beginnen.¹¹ Damit stellt sich die Frage, inwieweit Ergebnisse, die auf unterschiedlichen Definitionen und Operationalisierungen beruhen, miteinander vergleichbar sind. Weiter kompliziert wird die Situationen dadurch, dass „Extremismus“ ein wertgeladener und im deutschen Kontext auch justiziabler Begriff ist: (Fast) kein Extre-

⁸ Hans-Dieter Klingemann/Franz-Urban Pappi, *Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung*, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen, München 1972.

⁹ Kai Arzheimer/Markus Klein, *Die Wähler der REP und der PDS in West- und Ostdeutschland*. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 39-63.

¹⁰ Siehe Uwe Backes, *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*, Opladen 1989, S. 75.

¹¹ Ulrich Druwe/Susanne Mantino, „Rechtsextremismus“. *Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff*. In: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler (Hg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. PVS Sonderheft 27, Opladen 1996, S. 66-80, hier S. 66.

mist möchte als solcher bezeichnet werden.¹² Dennoch ist an dieser Stelle eine umfassende Auseinandersetzung mit der Begrifflichkeit weder möglich noch notwendig, da es hier lediglich um die Frage geht, welche Gegenstände in der Forschungspraxis tatsächlich untersucht werden. Es genügt deshalb, auf drei Definitionen bzw. Ansätze hinzuweisen, die entscheidenden Einfluss auf die empirische Forschung hatten:

1. *Der Gebrauch von „Extremismus“ als „Sammelbegriff für die politischen Kräfte an den Enden des Rechts-Links-Spektrums“*, der sich in den USA und Großbritannien seit dem 19. Jahrhundert, in Frankreich seit dem Ersten Weltkrieg nachweisen lässt.¹³ Dieser Zugang ist offensichtlich problematisch, prägt aber bis heute das Verständnis vieler Forscher, insbesondere im angelsächsischen Bereich. Extremistische Gruppierungen, Ideologien und Personen zeichnen sich aus dieser Perspektive vor allem dadurch aus, dass sie innerhalb ihres jeweiligen politischen Systems eine Außenseiterposition einnehmen. „Extremistisch“ ist nach diesem Verständnis damit beinahe ein Synonym für „nicht etabliert“ und entspricht in etwa der im deutschen Sprachraum üblichen Verwendung des Begriffs „radikal“.
2. In den USA wurde die Bezeichnung seit den fünfziger Jahren zur Charakterisierung von politischen Einstellungen auf Seiten der Wähler und von Ideologien auf Seiten der Parteien und Bewegungen in den wissenschaftlichen Sprachgebrauch übernommen. Als einflussreich erwies sich dabei insbesondere der Ansatz von Seymour Martin Lipset und Earl Raab. Diese definierten *Extremismus im wesentlichen als Antipluralismus*. Das zentrale Element extremistischen Denkens und Handelns ist für sie die „Schließung des politischen Marktes“.¹⁴ Extremistische Vorstellungen können nach diesem Konzept mit jeder Position auf einer Links-Rechts-Achse verbunden werden. Neben Links- und Rechtsextremismus existiert für Lipset¹⁵ deshalb auch ein „Extremismus der Mitte“.
3. Stark von Lipset einerseits, von dem in der normativen Ordnung des Grundgesetzes realisierten Konzept der „streitbaren Demokratie“ andererseits beeinflusst ist schließlich *der Be-*

¹² Siehe Steffen Kailitz, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2004, S. 15.

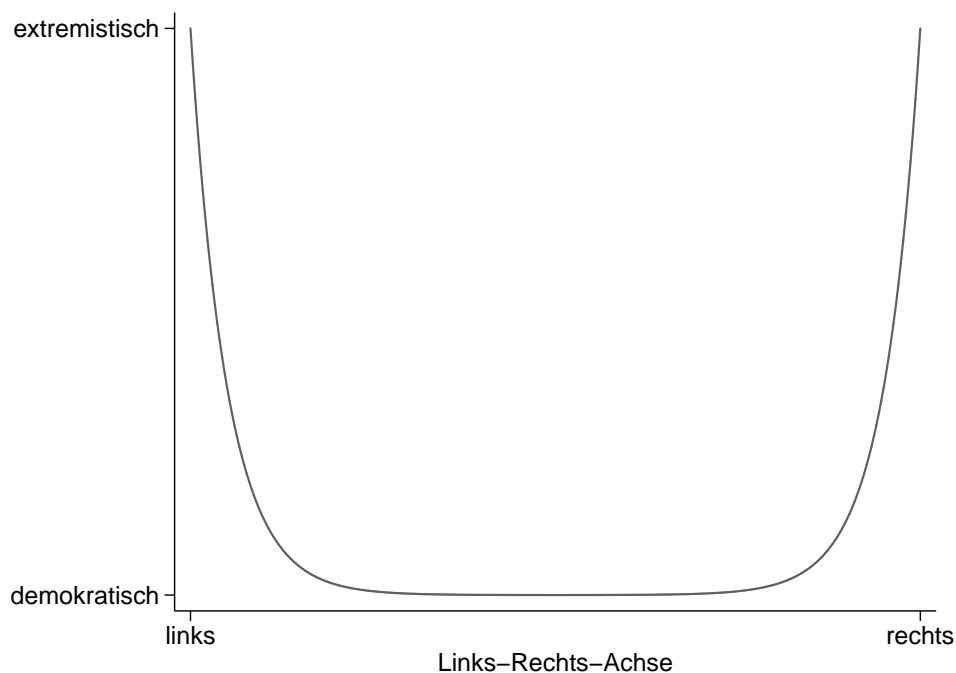
¹³ Siehe Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Vierte, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn 1996, S. 42-43

¹⁴ Seymour Martin Lipset/Earl Raab, *the Politics of Unreason. Right-Wing Extremism in America, 1790-1970*, London 1971, S. 6.

¹⁵ Seymour Martin Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, Garden City 1960, Kapitel V.

griff des politischen Extremismus, wie er von Uwe Backes und Eckhard Jesse¹⁶ entwickelt wurde. Extremistisch sind nach diesem Verständnis Organisationen, Ideologien, Handlungen und Personen¹⁷, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat bzw. gegen den Kernbestand des Grundgesetzes, nämlich die vom Bundesverfassungsgericht konkretisierte freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Extremismus kann Backes und Jesse zufolge nur an den Rändern des politischen Spektrums auftreten, da dort das Gleichheitsprinzip entweder absolut gesetzt (Linksextremismus) oder gänzlich negiert wird (Rechtsextremismus). Veranschaulicht wird diese Hypothese durch das so genannte Hufeisen-Schema, das den Zusammenhang zwischen ideologischem Standpunkt und Extremismus beschreibt (siehe Abbildung 1). In diesem Punkt unterscheidet sich der Ansatz von Backes und Jesse sehr deutlich von der von Lipset vorgeschlagenen Konzeption.

Abbildung 1: Der vermutete Zusammenhang zwischen ideologischem Standpunkt und Extremismus (Hufeisenschema)



Die drei hier in aller Kürze vorgestellten Ansätze haben das Verständnis der empirischen Extremismusforschung von ihrem Gegenstand in wesentlicher Weise geprägt. Das Konzept des Radikalismus hingegen hat als eigenständiger Begriff in der Forschung erheblich an Bedeutung verloren; das weitergefasste und in vielerlei Hinsicht sehr diffuse Konzept des Populismus hat sich bislang

¹⁶ Siehe dazu z.B. Backes/Jesse, Politischer Extremismus.

¹⁷ Ebd. S. 45.

nicht durchsetzen können. Ein großer Teil derer, die in der empirischen Forschung tätig sind, neigt ohnehin zu einer sehr pragmatischen Position und hat deshalb an der Diskussion über Begrifflichkeiten ein geringes Interesse.

Dieser Zustand des terminologischen *Laisser-faire* mag unbefriedigend erscheinen, aber vergleichsweise unproblematisch, da wie bereits erwähnt *de facto* ein weitgehender Konsens darüber herrscht, was den Gegenstand der empirischen Extremismusforschung ausmacht: In der Forschungspraxis werden im allgemeinen Phänomene untersucht, die sich gegen (liberale) Demokratie, Pluralismus und universelle Menschenrechte richten und sich mit unterschiedlichen Ideologien verbinden können. Dieses Verständnis von Extremismus liegt auch diesem Beitrag zugrunde. Als „radikal“ wird – ebenfalls in Anlehnung an die deutschsprachige Diskussion – im Folgenden eine Position an den Rändern des politischen Spektrums bezeichnet.

III. Die Nachfrage nach extremistischen Politikentwürfen

In der Literatur findet sich eine ganze Reihe von Ansätzen, die das Auftreten extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen erklären sollen. Diese wurden ausnahmslos im Kontext der Rechtsextremismusforschung entwickelt. In vielen Fällen lassen sich aus ihnen jedoch auch plausible Annahmen über die Entwicklung linksextremer Präferenzen ableiten.

In Anlehnung an eine von Jürgen Winkler¹⁸ vorgeschlagene Einteilung lassen sich dabei vier grundlegende Typen von Erklärungsmustern unterscheiden. Drei dieser Typen ist gemeinsam, dass sie an der „Nachfrageseite“ ansetzen, d.h. zu erklären versuchen, warum Menschen eine Präferenz für extremistische Politikziele entwickeln. Eine vierte Gruppe von Ansätzen berücksichtigt hingegen zusätzlich die Angebotsseite, d.h. die Ebene der (potentiellen) „politischen Unternehmer“.

Im Zentrum einer ersten Gruppe von Erklärungsversuchen stehen *Persönlichkeitsmerkmale* wie die oben angesprochenen Konzepte Autoritarismus und Dogmatismus sowie grundlegende *Wertorientierungen* wie das von Ronald Inglehart¹⁹ entwickelte Postmaterialismus-Konzept, das u.a. von Piero Ignazi²⁰ (1992) für die Rechtsextremismusforschung nutzbar gemacht wurde. Beide werden vor

¹⁸ Jürgen Winkler, Bausteine einer allgemeinen Theorie des Rechtsextremismus. Zur Stellung und Integration von Persönlichkeits- und Umweltfaktoren, In: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen Winkler (Hg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. PVS Sonderheft 27, Opladen 1996, S. 25-48.

¹⁹ Ronald Inglehart, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Postindustrial Societies. In: American Political Science Review 65 (1971), S. 991-1017.

²⁰ Piero Ignazi, The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe. In: European Journal of Political Research 22 (1992), S. 3-34.

allem auf Sozialisationsprozesse zurückgeführt. *Deprivationstheorien* argumentieren hingegen in erster Linie auf der Ebene sozialer Großgruppen, die ihren materiellen oder immateriellen Status durch gesellschaftliche und politische Entwicklungen gefährdet sehen und deshalb politische Bewegungen unterstützen, die sich gegen Fremdgruppen richten, die als Verursacher dieser Veränderungen angesehen werden.

Beim sozialen Wandel setzen auch die *Desintegrationstheorien* an, die letztlich auf das von Durkheim entwickelte Anomie-Konzept zurückgehen. Ihnen zufolge reagieren die Bürger eines Staates auf gesellschaftliche Umwälzungen mit normativer Verunsicherung und nehmen deshalb Zuflucht zu den Gewissheiten einer extremistischen Ideologie.

Eine wichtige, bislang aber kaum systematisch aufgearbeitete Rolle für extremistisches Denken und Handeln spielt schließlich die *politische Kultur*²¹ bzw. die politischen Subkulturen einer Gesellschaft. Die in einem gegebenen Land vorherrschenden politischen Einstellungen beeinflussen sowohl die fundamentalen Sozialisationsprozesse, die für extremistische Einstellungen, Wertorientierungen und Persönlichkeitsmerkmale verantwortlich sind, als auch die Wahrscheinlichkeit, dass tatsächlich extremistisches Verhalten gezeigt wird.²² Neben der politischen Kultur wird in der Literatur jedoch von jeher über eine Reihe weiterer struktureller Randbedingungen diskutiert, die die Entstehung und Ausbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen beeinflussen. Seit dem Erscheinen von Winklers ursprünglichem Beitrag hat sich hierfür die Sammelbezeichnung „*politische Gelegenheitsstruktur*“ eingebürgert. Dieser Begriff stammt ursprünglich aus der Bewegungsforschung und wurde dort geprägt, um die spezifischen Konfigurationen von Ressourcen, Institutionen und historischen Vorbedingungen eines politischen Systems zu beschreiben, die sich auf die Mobilisierungschancen politischer Akteure auswirken.²³

Jeder einzelne dieser Ansätze ist mit spezifischen Problemen und Defiziten verbunden. In der Praxis der Wahlforschung werden als Reaktion darauf häufig unreflektiert Variablen und Konzepte aus unterschiedlichen Theoriesträngen miteinander kombiniert, was zu erheblichen logischen Problemen führen kann.²⁴ Theoretische Entwürfe, die Elemente der vier genannten Ansätze bzw. Gruppen

²¹ Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston 1965.

²² Winkler, *Bausteine*, S. 41-42.

²³ Für eine aktuelle Überblicksdarstellung siehe David S. Meyer/Debra C. Minkoff, *Conceptualizing Political Opportunity*. In: *Social Forces* 82(2004), S. 1457-1492.

²⁴ Winkler, *Bausteine*, S. 36.

von Ansätzen in systematischer Weise miteinander verknüpfen, finden sich in der Literatur leider nur selten. Zwei solcher Erklärungsversuche, die in der Forschung größere Resonanz gefunden haben, sind das von Herbert Kitschelt u.a. in seiner Studie zu den Parteien der extremen Rechten in Westeuropa²⁵ skizzierte Modell der räumlichen Parteienkonkurrenz und die bereits 1967 von Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann entwickelte „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“.²⁶

III.1 Kitschelts räumliches Modell des Parteienwettbewerbs

In Anlehnung an frühere Überlegungen von Max Weber, Scott Flanagan und anderen hat Herbert Kitschelt ein allgemeines Modell der Parteienkonkurrenz entwickelt, das eine Dimension, beinhaltet, die eine gewisse Ähnlichkeit mit den Extremismus-Konzeptionen von Lipset, Backes und Jesse aufweist. Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildet ein Marktmodell, das auf einer zweidimensionalen Variante des von Downs²⁷ und anderen vorgeschlagenen Modells der räumlichen Parteienkonkurrenz basiert.²⁸ Bei diesen beiden Dimensionen handelt es sich um eine wirtschafts- und eine gesellschaftspolitische Links-Rechts-Achse. Die Position auf der ersten dieser beiden Achsen gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang eine Person bzw. eine Partei die Verteilung von Gütern in einer Gesellschaft den Mechanismen des Marktes überlassen möchte. Die zweite Achse beschreibt die Präferenzen hinsichtlich der sozialen und politischen Ordnung und umfasst drei eng miteinander verbundene Unterdimensionen:

1. eine Festlegung, welchem Personenkreis überhaupt politische (und eventuell auch sonstige) Rechte zukommen sollen
2. eine Entscheidung darüber, welches Ausmaß an sozialer und kultureller Vielfalt toleriert wird
3. eine Festlegung, nach welchem Modus (eher hierarchisch oder eher partizipativ) politische Entscheidungen getroffen werden sollen

²⁵ Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995.

²⁶ Erwin K. Scheuch/Hans Dieter Klingemann, *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften*. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 12 (1967), S. 11-29.

²⁷ Anthony Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957.

²⁸ Siehe dazu grundlegend James M. Enelow/Melvin J. Hinich, *The Spatial Theory of Voting. An Introduction*, Cambridge u.a. 1984; zur Anwendbarkeit dieses Modells in Europa Paul V. Warwick, *Toward a Common Dimensionality in West European Policy Spaces*. In: *Party Politics* 8(2002), 101-122.

Der von Kitschelt als „autoritär“ bezeichnete Endpunkt dieser Achse steht für alles, was gesellschaftspolitisch als „rechts“ gelten kann; der libertäre Endpunkt der Achse repräsentiert dagegen „linke“ gesellschaftspolitische Präferenzen: ein weitgefasstes Konzept der Bürgerschaft, das beispielsweise auf Ausländer ausgedehnt wird, die dauerhaft im Inland leben, ein großes Maß an Toleranz für unterschiedliche Kulturen und Lebensformen und eine aktive Beteiligung möglichst vieler Bürger an den politischen Entscheidungen des Landes.

Der Zusammenhang zwischen Kitschelts allgemein gehaltenem Modell der Parteienkonkurrenz und den älteren Ansätzen der Extremismusforschung ist leicht zu erkennen: Auf der Ebene des Individuums hat eine extrem autoritäre Position Ähnlichkeiten mit dem von Rokeach beschriebenen „Dogmatismus“, mit einem „rigiden Denkstil“ im Sinne Scheuch/Klingemanns und sogar mit einigen Aspekten der „autoritären Persönlichkeit“ von Adorno et al. Und auf der Ebene der Parteien und ihrer Programme führt die konsequente Verfolgung einer autoritären Position zweifelsohne zu einer Schließung des „Marktes politischer Ideen“ und zur Unterdrückung von kultureller und politischer Vielfalt im Sinne von Lipset und Raab.

Die Entstehung politischer Präferenzen erklärt Kitschelt durch Erfahrungen, die der einzelne im Alltag macht. Dabei spiele das Berufsleben eine besonders wichtige Rolle. Personen, die im öffentlichen Sektor tätig sind und keine internationale Konkurrenz befürchten müssen, sollen nach Kitschelt einen redistributiven Staat befürworten, während Personen aus dem privaten Sektor eine stärker marktwirtschaftlich ausgelegte Ordnung bevorzugen müssten, weil sich ein ausgebauter Umverteilungsstaat aus ihrer Sicht als „Standortnachteil“ darstellt.

Auch das Zustandekommen gesellschaftspolitischer Präferenzen erklärt Kitschelt durch die Erfahrungen, die der einzelne im Berufsleben macht. Personen, die am Arbeitsplatz ein hohes Maß an persönlicher Freiheit erleben und sich kommunikativ mit ihren Mitmenschen auseinandersetzen können und müssen, sollten nach Kitschelt libertäre Präferenzen entwickeln. Standardisierte und hierarchisch organisierte Arbeitsprozesse führten hingegen zur Herausbildung autoritärer Präferenzen. Extremistische bzw. „autoritäre“ Parteien werden nach Kitschelt dann Wahlerfolge haben, wenn (1) durch sozialstrukturelle Veränderungen die Nachfrage nach solchen Politikentwürfen wächst und (2) die bereits existierenden Parteien dieses Potential nicht an sich binden können.

Den Aufstieg neuer oder neuformierter Rechtsparteien, den viele westeuropäische Gesellschaften in den achtziger und neunziger Jahren erlebten, interpretiert Kitschelt dementsprechend als Folge von Globalisierungsprozessen, durch die bei den Beschäftigten im industriellen Sektor die Nachfrage nach Politikentwürfen steige, die autoritäre gesellschaftspolitische Entwürfe mit marktwirtschaftlichen Zielsetzungen kombinieren. Da entsprechende Programme von den bis dahin existierenden Parteien nicht angeboten wurden, erwies sich ein neuer Typus rechter Parteien als sehr erfolgreich,

der durch den französischen Front National als „mastercase“ einer „New Radical Right Party“ verkörpert werde. In der Rückschau erweist sich dieser Aspekt von Kitschelts Erklärungsversuch allerdings als wenig plausibel, da es zwar in der Tat starke Hinweise auf eine „Proletarisierung“ des Elektors von besonders erfolgreichen Rechtsparteien wie des Front National oder der FPÖ gibt. Diese auffällige Zunahme des Arbeiteranteils fällt jedoch mit einem *Abrücken* dieser Parteien von marktwirtschaftlichen Prinzipien zusammen.

Unterstellt man jedoch, dass Kitschelts übrige Annahmen zumindest plausibel sind, lässt sich vor dem Hintergrund seines Modells diskutieren, wie sich Links- von Rechtsextremisten unterscheiden und warum gegebenenfalls eine Nachfrage nach linksextremen Politikangeboten entsteht. Auf strukturelle Ähnlichkeiten zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus hat bereits die klassische Totalitarismustheorie hingewiesen. Folgt man Kitschelts Strategie, politische Konzeptionen auf die beiden Grunddimensionen „Wirtschaftsordnung“ und „Pluralismus/Mitwirkungsrechte“ zu reduzieren, ergeben sich ungeachtet aller ideologischen, propagandistischen und sonstigen Unterschiede für einige linksextreme und rechtsextreme Parteien durchaus ähnliche Positionen im politischen Koordinatenraum. So führten beispielsweise die Nationalsozialisten ein System der „Staatsintervention ohne Verstaatlichung“²⁹ ein, in dem staatliche und halbstaatliche Stellen zunächst ein faktisches Außenhandelsmonopol errichteten,³⁰ dann Löhne und Preise unter ihre Kontrolle brachten³¹ und schließlich zuletzt auch die Zuteilung von Gütern und Arbeitskräften zu übernehmen.³² Zugleich weiteten sie die Staatstätigkeit in bis dahin unbekannter Weise aus.³³ Obwohl die Mehrzahl der Betriebe in Privateigentum verblieb und das, verfolgte die NSDAP damit eine Wirtschaftspolitik, die keineswegs als marktwirtschaftlich gelten kann. Ohne dass offensichtliche Unterschiede, (vor allem im Bereich der Landwirtschaft) geleugnet werden, sind auch in diesem Bereich einige Parallelen zum Kommunismus/Sozialismus sowjetischer Provenienz unverkennbar. Beide Regime bewegten sich in einem Bereich, den Kitschelt als „authoritarian socialism“ bezeichnet.³⁴

²⁹ Siehe Wolfgang Benz, *Geschichte des Dritten Reiches*, München 2000, S. 102.

³⁰ Siehe Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936*, Köln 1977, S. 139-143.

³¹ Ebd. S. 144-153.

³² Benz, *Geschichte*, S. 104-106.

³³ Barkai, *Wirtschaftssystem*, 179-188.

³⁴ Eine Nachfrage nach solchen links-autoritären Politikentwürfen müsste aus Kitschelts Perspektive immer dann entstehen, wenn der vor internationaler Konkurrenz geschützte industrielle Sektor und/oder derjenige Teil des öffentlichen Sektors, der tendenziell autoritäre Einstellungen hervorbringt (Teile der allgemeinen öffentlichen Verwaltung, insbe-

Andere politische Ideologien wie die verschiedenen Spielarten des Kommunismus und Anarchismus, die häufig ebenfalls als linksextrem eingestuft werden³⁵, sind weniger leicht in das Schema einzuordnen. Hier müsste man im einzelnen untersuchen, ob (1) die Realisierung libertäre Zielsetzung nicht an den extremen wirtschaftspolitischen Positionen scheitern muss und ob (2) die gewünschte umfassenden Partizipationsrechte nicht durch entsprechende Klauseln bestimmten Gruppen („Klassenfeinden“, Personen mit „falschem“ Bewusstsein) vorenthalten werden, so dass es sich faktisch doch um autoritäre Politikentwürfe handelt. Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass es nach Kitschelts Modell in erster Linie von den politischen Rahmenbedingungen abhängen sollte, welcher Variante extremistischen Denkens sich die dafür anfälligen Segmente der Bevölkerung zuwenden.

III.2 Die „Theorie Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“

Ähnlich wie bei dem von Kitschelt vorgeschlagenen Erklärungsversuch handelt es sich bei der bereits 1967 von Scheuch und Klingemann entwickelten „Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften“ um ein dynamisches Mehr-Ebenen-Modell. Ausgangspunkt der beiden Autoren ist die Feststellung, dass die westlichen Industriegesellschaften als Typus ein relativ neues Phänomen darstellen und in der kurzen Zeit ihres Bestehens einem ständigen und intensiven Wandlungsprozeß unterworfen waren. Dies³⁶ führt zu einer Reihe von „typischen Spannungen“:

1. In Primärgruppen (Freunde und Familie) und Sekundärgruppen (öffentliche Einrichtungen, Betriebe etc.) gelten unterschiedliche Normen und Werte. Das Individuum sieht sich infolge dessen mit „widersprüchlichen Anforderungen“ konfrontiert.
2. Innerhalb der Industriegesellschaften existieren weiterhin verschiedene Lebens- und Produktionsformen. Auch solche Menschen, die weiterhin in eher traditionellen Verhältnissen leben, werden aber in zunehmendem Umfang von den Entwicklungen in Industrie und Technik abhängig.
3. Es kommt zu einer Entfremdung zwischen Eliten und Bevölkerung. Die Bürger geben sich mit den „traditionellen Mittel[n] der Einflussnahme“ nicht mehr zufrieden. Zugleich nimmt der Einfluss der Politik auf die individuellen Lebensbedingungen zu.

sondere aber Polizei und Streitkräfte) überproportional anwachsen. Ob sich dieses Potential hingegen einer stalinistischen oder einer nationalsozialistischen Partei zuwendet, sollte eher von den ideologischen Vorlieben der Eliten und anderen historisch-kulturellen Zufällen abhängen.

³⁵ Siehe Backes/Jesse, Politischer Extremismus, S. 45.

³⁶ Siehe für die folgende Darstellung Scheuch/Klingemann, Theorie, S. 17-23.

4. Diese sozialen Konflikte werden in den Massenmedien nur unzureichend artikuliert. Die politische Unzufriedenheit kann sich deshalb nicht „sukzessiv als Protest gegen Einzelphänomene“ äußern. Statt dessen staut sich ein diffuses, „unterschwelliges Unbehagen“ auf.

Verschärft wird diese Problematik durch das Tempo der Wandlungsprozesse, das nur wenig Zeit für eine Anpassung der Wertvorstellung lässt. Die parallele Abwertung beruflicher Qualifikationen durch den Modernisierungsprozeß und die damit verbundenen Statusverluste für bestimmte Gruppen, die in der neueren Forschung in Form der so genannten „Modernisierungsverliererhypothese“ häufig mit (Rechts-) Extremismus in Zusammenhang gebracht werden³⁷, spielen hingegen bei Scheuch und Klingemann noch keine wesentliche Rolle, könnten aber ebenfalls in das Erklärungsmodell integriert werden.

Im zweiten Schritt der Erklärung verlassen Scheuch und Klingemann die Makro-Ebene: Die genannten gesellschaftlichen Konflikte werden ihnen zufolge vom Individuum als irritierende normative „Unsicherheiten“ wahrgenommen. Eine „pathologische“ Form der Anpassung an diese normativen Unsicherheiten besteht Scheuch und Klingemann zufolge in der Entwicklung eines rigiden Denkstils, der die Entwicklung von Freund-Feind-Schemata, die Bevorzugung einfacher und dabei radikaler politischer Konzepte sowie die Abwehr neuer Erfahrungen und Informationen über die soziale und politische Realität beinhaltet.

Ob und in welchem Umfang ein rigider Denkstil zur Ausbildung extremistischer Einstellungen auf der Individualebene führt, hängt Scheuch und Klingemann zufolge von der Verfügbarkeit entsprechender „politischer Philosophien“ in der nationalen politischen Kultur ab. *Falls* ein Teil der Bürger extremistische Einstellungen entwickelt, führt allerdings auch diese Tatsache noch nicht zwangsläufig zu einer Wahlentscheidung zugunsten einer extremistischen Partei. Neben einer Reihe von Einflußfaktoren, die aus einer über den Ansatz von Scheuch und Klingemann hinausgehenden Handlungstheorie abgeleitet werden müssten, spielen hier wiederum zahlreiche institutionelle und andere Makro-Faktoren, auf die Scheuch/Klingemann allerdings nur am Rande eingehen, sowie deren Wahrnehmung durch die Bürger eine wichtige Rolle.³⁸

³⁷ Siehe Winkler, Bausteine, S. 34.

³⁸ Erweiterungsmöglichkeiten des Ansatzes diskutieren Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter, Die Pathologie des Normalen. Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens. In: Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozeß, Wiesbaden 2002, S. 85-107.

Die Theorie von Scheuch und Klingemann sollte nach Überzeugung der Autoren prinzipiell auch Erfolge linksextremer Bewegungen erklären können. Ohnehin ist die inhaltliche Abgrenzung beider Extremismen nach dem Ende des Kalten Krieges noch problematischer geworden, als dies schon aus Sicht von Scheuch und Klingemann der Fall war, da Postkommunistische Parteien häufig der von beiden Autoren vorgeschlagenen Definition rechter Bewegungen genügen: Sie streben nach der „Wiederherstellung vergangener Organisationsformen und Werte“ und bieten „Erklärungsschemata und Idealbilder aus der ... konkreten Vergangenheit einer bestimmten Gesellschaft an“.

III.3 Zwischenfazit

Trotz der notwendigerweise nur skizzenhaften Darstellung sollte klar geworden sein, dass die von Scheuch/Klingemann bzw. Kitschelt vorgeschlagenen Ansätze in der Lage sind, einige wichtige Theoriebausteine, die die empirische Extremismusforschung in den vergangenen sieben Dekaden entwickelt hat, miteinander zu verbinden. Beide zeichnen sich überdies dadurch aus, dass sie sich um eine Integration von Mikro- und Makro-Perspektiven bemühen, von ihrer Struktur her weder Links- noch Rechtsextremismus ausblenden und eine soziale Gruppe identifizieren – einen Teil der Arbeiterschaft, der relativ schlecht qualifiziert ist und sich durch soziale Wandlungsprozesse bedroht fühlt – in der es eine überproportionale Nachfrage nach extremistischen Politikentwürfen geben sollte. Für einen länder- und ideologieübergreifenden Vergleich extremistischer Einstellungen können beide Ansätze deshalb eine Reihe von plausiblen Hintergrundannahmen liefern. Insbesondere weisen sie darauf hin, dass sich einerseits extremistische Einstellungen nach einem ähnlichen *Muster* verteilen sollten. Andererseits steht zugleich zu erwarten, dass das *Niveau* dieser Einstellungen und ihre Umsetzung in (Wahl-)Verhalten in Abhängigkeit von den politischen und sozialen Randbedingungen variieren sollten.

IV. Untersuchungszeitraum, Datenbasis, Auswahl der Länder

Als Datenbasis für die vorliegende Untersuchung wurde die dritte Welle der European Values Study (EVS, ZA-Nr. des integrierten Datensatzes: 3811) gewählt, die in den Jahren 1999/2000 durchgeführt wurde. Damit stehen einerseits relativ aktuelle Daten zur Verfügung, andererseits lag aber in den hier untersuchten ost- und mitteleuropäischen Ländern die „Wende“ erst rund zehn Jahre zurück, und die von der EU mit Blick auf einen möglichen Beitritt forcierten Anpassungsprozesse standen noch am Anfang. Für einen Vergleich von west- und osteuropäischen bzw. alten und neuen Demokratien sollte der Datensatz deshalb in besonderer Weise geeignet sein. Um die im Folgenden präsentierten Analysen einigermaßen übersichtlich zu halten, wurden von den 33 Ländern, die sich an der EVS beteiligten, 19 ausgewählt. Dabei handelt es sich um Österreich (AT), Westdeutschland (DE-W), Dänemark (DK), Spanien (ES), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), Italien (IT), die Niederlande (NL), Schweden (SE), Bulgarien (BL), die Tschechische Republik (CZ), Ostdeutsch-

land (DE-O), Estland (EE), Kroatien (HR), Ungarn (HU), Polen (PL), Rumänien (RO) und die Slowakei (SK).³⁹ Damit stehen Informationen zu insgesamt 23.044 Befragten zur Verfügung.⁴⁰

V. Ergebnisse

V.1 Der Anteil von Bürgern mit radikalen Einstellungen in den untersuchten Ländern

Die so genannte Links-Rechts-Selbsteinstufung ist das bekannteste Instrument zur Messung ideologischer Orientierungen und kann als empirisches Korrelat der in der Extremismustheorie häufig verwendeten Einstufung von Personen, Organisationen und Ideen auf einer globalen Links-Rechts-Achse gelten (vgl. Abbildung 1). In der deutschsprachigen Version des Fragebogens wurde der folgende Stimulus verwendet: „In der Politik spricht man von links und rechts. Wie würden Sie ganz allgemein Ihren eigenen politischen Standort beschreiben: Wo auf dieser Skala würden Sie sich selbst einstufen?“ Als Antwortvorgabe diente eine Leiste mit den Polen 1 (links) und 10 (rechts).

Tabelle 1 zeigt zunächst, wieviel Prozent der Bürger in den untersuchten Ländern sich selbst als radikal einschätzten, d.h. ganz an den Rändern des politischen Spektrums einordneten, indem sie die Antwortvorgabe 1 oder 10 wählten. Im Mittel aller Länder betrachten sich jeweils vier Prozent der Befragten als links- und weitere vier Prozent als rechtsradikal. *Innerhalb* der verschiedenen Länder zeigen sich jedoch beträchtliche Unterschiede. So ist der Anteil der selbsterklärten Linksradikalen in Frankreich und Polen weit überdurchschnittlich, in Estland, Österreich, den Niederlanden und Deutschland (einschließlich der neuen Bundesländer) hingegen klar unterdurchschnittlich. Umgekehrt weisen Bulgarien und Rumänien ebenso wie Polen und die tschechische Republik einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil an Bürgern auf, die sich am äußersten rechten Ende des politischen Spektrums einordnen. Zudem fällt auf, dass lediglich in Frankreich, Spanien, den Niederlanden und Großbritannien – in den beiden letztgenannten Ländern allerdings auf insgesamt sehr niedrigem Niveau – der Anteil der Linksradikalen den Prozentsatz der Rechtsradikalen überwiegt. In allen anderen Ländern halten sich beide entweder die Waage, oder die Rechtsradikalen dominieren mehr oder minder klar.

Allerdings besteht die Möglichkeit, dass zumindest ein Teil dieser Unterschiede auf Stichprobenfehler zurückgeht, da ja jeweils nicht die ganze Bevölkerung, sondern nur eine repräsentative Grup-

³⁹ Die Länderkürzel, die in den Tabellen und Abbildungen verwendet werden, wurden in Anlehnung an die ISO-Norm 3166 gewählt.

⁴⁰ Für die im folgenden vorgestellten Analysen wurden die Daten nach den Vorgaben der European Values Study Foundation gewichtet. Die von der EVS gelieferten Gewichte wurden außerdem mit einem Korrekturfaktor multipliziert, um Unterschiede im Umfang der nationalen Stichproben auszugleichen.

pe von Bürgern befragt wurde. Deshalb wurden die Ergebnisse anschließend durch eine multinomiale Logit-Analyse abgesichert, bei der in Abhängigkeit vom Befragungsland die Wahrscheinlichkeit geschätzt wird, dass sich ein Befragter als links- bzw. rechtsradikal einordnet.

Tabelle 1: Die Anteile von Links- und Rechtsradikalen in 19 europäischen Gesellschaften

Land	Prozent ganz links	Prozent ganz rechts	gesamt
AT	2	2	4
DE-W	1	2	2
DK	3	3	6
ES	6	3	9
FR	8	4	12
GB	3	1	4
GR	5	5	10
IT	5	4	10
NL	2	0	2
SE	3	2	6
BG	6	11	17
CZ	5	8	13
EE	1	5	6
DE-O	2	2	4
HR	4	5	9
HU	4	4	7
PL	8	7	14
RO	6	9	14
SK	4	4	8
Gesamt	4	4	8

Quelle: Eigene Berechnung aus dem EVS 1999

Dabei zeigte sich, dass alle angesprochenen Unterschiede auch in einem statistischen Sinne signifikant sind, d.h. mit großer Sicherheit nicht auf Besonderheiten der verwendeten Stichproben zurückzuführen sind. Zudem ist bei näherer Betrachtung zu erkennen, dass vier Länder aus dem Rahmen fallen: In Bulgarien, der Tschechischen Republik, Polen und Rumänien betrachten insgesamt deutlich mehr Bürger als in den anderen Gesellschaften ihre eigene politische Position als radikal.

Dies legt den Schluss nahe, dass in den neuen Demokratien der Anteil der (selbsterklärten) Radikalen höher ist als in den gefestigten Systemen. Die Daten bestätigen dies: In Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Polen, Rumänien, der Slowakei und den neuen Ländern der Bundesrepublik ordnen sich im Mittel elf Prozent, in den übrigen Ländern hingegen nur sechs Prozent der Befragten an einem der beiden Pole des politischen Spektrums ein. Mit Hilfe einer weiteren Logit-Analyse lässt sich zeigen, dass auch diese Differenz statistisch signifikant ist. Dies sollte allerdings nicht über die beträchtliche Heterogenität *innerhalb der beiden Ländergruppen* hinwegtäuschen: So liegt der Anteil der Radikalen in den östlichen Bundesländern unter dem Mittelwert für die gefestigten Demokratien, während der französische Wert über dem Durchschnitt der neuen Demokratien rangiert.

Die ebenfalls naheliegende Vermutung, dass die Bürger der postkommunistischen Länder eher zum Linksradikalismus neigen dürften als die Befragten aus Westeuropa lässt sich hingegen zumindest für die hier untersuchten Länder *nicht* bestätigen. Zwar lässt sich auch hier zwischen beiden Ländergruppen eine statistisch signifikante Differenz ermitteln. Diese ist jedoch substantiell bedeu-

tungslos: In beiden Fällen liegt der Anteil der Linksradiكالen bei vier Prozent, Unterschiede ergeben sich nur auf der Nachkommastelle. Der insgesamt höhere Anteil an Radikalern in den neuen Demokratien geht somit fast ausschließlich auf den höheren Anteil von Rechtsradikalern in diesen Ländern zurück.

Gegen die Verwendung der Links-Rechts-Selbsteinstufung lässt sich allerdings einwenden, dass die Antworten, die man mit dieser Skala erhält, potentiell von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden können. Neben der Wahrnehmung der eigenen politischen Position, um die es ja eigentlich geht, spielt mit Sicherheit auch die Wahrnehmung der Mehrheitsmeinung in der Gesellschaft sowie die subjektive Verortung der Parteien und insbesondere der von dem jeweiligen Bürger selbst präferierten Partei auf der Links-Rechts-Achse eine wesentliche Rolle, da diese bei der Selbsteinstufung als eine Art Ankerpunkt dienen kann. Mit den vorhandenen Daten sind derartige Effekte jedoch nicht zu kontrollieren.

Ein weiterer möglicher Einwand gegen die Links-Rechts-Selbsteinstufung ist, dass Radikalität noch nicht ohne weiteres mit Extremismus gleichgesetzt werden kann. Die Frage nach dem Verhältnis beider Konzepte wird auf Grundlage der vorhandenen Daten im übernächsten Abschnitt behandelt. Drittens und letztens schließlich kann die Links-Rechts-Selbsteinstufung dafür kritisiert werden, dass hier in allgemeiner Weise nach einem politischen Richtungsbegriff gefragt wird. Was die verschiedenen Befragten damit jeweils verbinden, bleibt zunächst offen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob die Beantwortung dieses Items eher von wirtschafts-, gesellschaftspolitischen oder sonstigen Themen bestimmt wird. Dieser Punkt soll im nächsten Abschnitt geklärt werden.

V.2 Die inhaltliche Bedeutung der Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich

Wie oben dargelegt, verbergen sich in den meisten europäischen Gesellschaften hinter den beiden politischen Richtungsbegriffen „links“ und „rechts“ mindestens zwei verschiedene Dimensionen, auf denen die Idealpunkte der Bürger und die programmatischen Angebote der Parteien verortet werden können. Dabei handelt es sich um eine ökonomische und eine gesellschaftspolitische Konfliktachse, die ihrerseits verschiedene Unterdimensionen aufweisen kann. In der Literatur wird häufig die Auffassung vertreten, dass für die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Dimension vor allem pro- bzw. anti-marktwirtschaftliche Einstellungen von Bedeutung seien. Allerdings ist auch bekannt, dass dieser Konflikt in einigen Ländern (vor allem Irland) kaum Einfluss auf die ideologische Selbsteinordnung hat. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Bedeutung der Links-Rechts-Dimension bereits innerhalb Westeuropas deutlich variieren dürfte. Dies gilt umso mehr, wenn zusätzlich die neuen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa berücksichtigt werden sollen.

Im folgenden wird deshalb empirisch geprüft, welche politischen Überzeugungen sich in den einzelnen Ländern hinter hohen (= rechten) bzw. niedrigen (=linken) Werten auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung verbergen. Um die Darstellung möglichst übersichtlich zu halten, wurden aus je zwei Items Summenindizes gebildet, mit deren Hilfe sich ökonomische Einstellungen sowie die Haltung zur traditionellen Moral erfassen lassen.⁴¹ Anschließend wurde für jedes der untersuchten Länder die Links-Rechts-Selbsteinstufung der Befragten auf deren Index-Werte regrediert. Da in vielen westeuropäischen Staaten während der letzten zweieinhalb Jahrzehnte außerdem die Frage der legalen und illegalen Einwanderung zu einem wichtigen Thema der politischen Rechten geworden ist, wurde außerdem eine Frage nach der eigenen Position gegenüber Arbeitsimmigranten in das Modell aufgenommen.⁴² Zuvor wurden die Indizes so umskaliert, dass alle drei Variablen annähernd die gleiche Streuung aufweisen. Folglich sind die Koeffizienten innerhalb der Länder und über die Systemgrenzen hinweg vergleichbar und vermitteln einen Eindruck davon, welche Bedeutung jeder der drei Aspekte für die ideologische Selbsteinstufung der Bürger in den untersuchten Ländern hat.

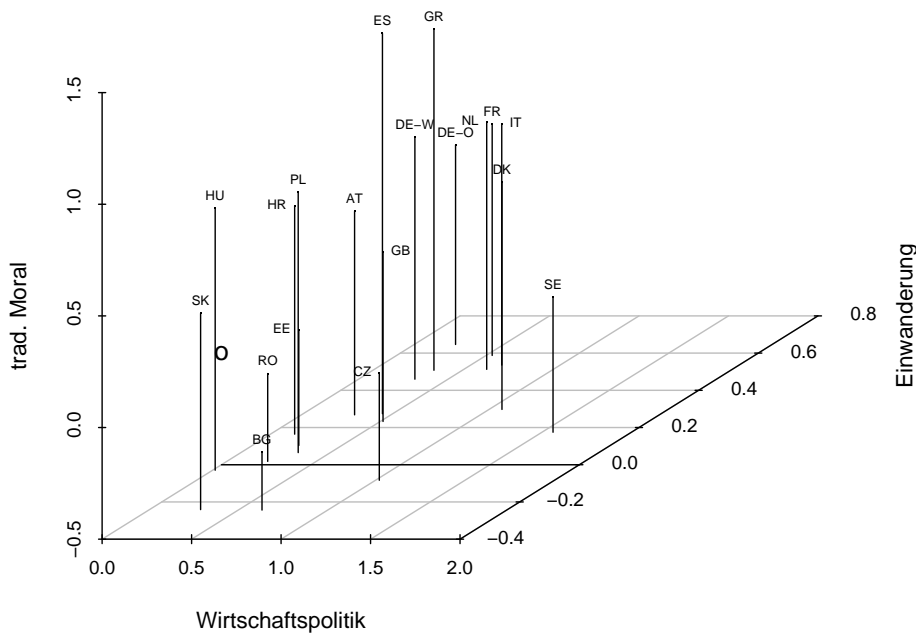
Am leichtesten lässt sich das Ergebnis dieser Analysen durch eine räumliche Graphik veranschaulichen (siehe Abbildung 2). Dabei zeigt sich, dass die Selbsteinstufung als „links“ oder „rechts“ in den einzelnen Ländern tatsächlich in unterschiedlichem Umfang von den verschiedenen Unterdimensionen beeinflusst wird. So spielt die ökonomische Konfliktlinie, deren Relevanz auf der waagrecht verlaufenden Achse abgetragen ist, vor allem in Schweden, aber auch in Dänemark sowie in der Tschechischen Republik eine wichtige Rolle für die ideologische Identifikation, während sie in den übrigen Ländern von deutlich geringerer Bedeutung ist. Besonders schwach ist der Zusammenhang zwischen den ökonomischen Einstellungen und der Links-Rechtseinstufung in Kroatien, Ungarn, Rumänien und im Gebiet der früheren DDR. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Einstellungen zur Wirtschaftspolitik in diesen Ländern keine Rolle für die Politik spielen. Vielmehr ergeben sich die geringen Werte daraus, dass sich selbsterklärte „Linke“ und „Rechte“ in diesen Systemen

⁴¹ Die entsprechenden Aussagen lauteten „Politiker, die nicht an Gott glauben, sind ungeeignet für ein öffentliches Amt“; „Können Sie mir bitte für ob Sie das für in jedem Fall in Ordnung halten oder unter keinen Umständen: Homosexualität“; „Jeder einzelne Bürger sollte mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen vs. Der Staat sollte mehr Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder einzelne abgesichert ist“; „Der Staat sollte den Unternehmen mehr Freiheit lassen vs. Der Staat sollte die Unternehmen besser kontrollieren“. Antwortvorgaben für das erste Item: von 1-5, für alle anderen von 1-10, jeweils von „stimme voll zu“ bis „lehne voll ab“.

⁴² „Viele Menschen aus weniger entwickelten Ländern kommen nach Deutschland, um hier zu arbeiten. Welche Entscheidung sollte die Regierung am besten treffen?“ Antwortvorgaben von 1 („jeden nach Deutschland kommen lassen, der es möchte“) bis 4 („Die Einreise von Ausländern generell verbieten“).

bezüglich ihrer (zumeist eher staatsinterventionsistischen) wirtschaftspolitischen Einstellungen kaum systematisch unterscheiden.

Abbildung 2: Die inhaltliche Bedeutung der Links-Rechts-Achse in 19 europäischen Gesellschaften



Quelle: Eigene Berechnung aus dem EVS 1999

Aspekte der traditionellen Moral sind hingegen insgesamt von deutlich geringerer Bedeutung. Am stärksten wirken sie sich in den beiden Mittelmeerländern Griechenland und Spanien auf die ideologische Selbsteinstufung aus, wie an der Höhe der Datenpunkte abzulesen ist. Am geringsten ist ihr Einfluss auf den Links-Rechts-Wert in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Estland, Großbritannien, Rumänien und Schweden.

Die Einstellungen zur Einwanderungspolitik schließlich, deren Relevanz auf der in die Tiefe des Raumes ragenden Achse abgetragen ist, beeinflussen vor allem in Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden und beiden Teilen Deutschlands die Selbsteinstufung als rechts oder links. In etwas geringerem Umfang gilt dies auch für Österreich, Spanien und Dänemark. In den neuen Demokratien hingegen haben die Einstellungen zu diesem Thema so gut wie keinen Effekt auf die ideologische Selbsteinstufung. In Bulgarien und der Slowakei zeigen sich sogar schwache *negative* Auswirkungen auf die selbstdefinierte Position auf der Links-Rechts-Achse, d.h. Menschen, die der Arbeitsimmigration negativer gegenüberstehen als ihre Mitbürger halten sich selbst eher für links.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, so ist zunächst festzuhalten, dass die ideologische Selbsteinstufung in neun der untersuchten Länder primär von wirtschaftspolitischen und in acht Systemen vor allem von im weitesten Sinne moralischen Orientierungen bestimmt wird. Einstellungen zu Fragen der Immigration sind in zwei der untersuchten Gesellschaften – Frankreich und Ostdeutsch-

land – der wichtigste Prädiktor dafür, ob sich ein Bürger eher als links oder rechts betrachtet. Darüber hinaus ist klar zu erkennen, dass in den meisten der neuen Demokratien (vor allem in Rumänien, Bulgarien, Estland, der Slowakei, Ungarn und Kroatien) die drei genannten Dimensionen nur einen relativ schwachen Einfluss auf die politische Selbsteinschätzung haben.⁴³ Inhaltlich bedeutet dies, dass die Links- bzw. Rechtsradikalen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas nicht ohne weiteres mit dem entsprechenden Personenkreis in den westeuropäischen Ländern verglichen werden können. Tatsächlich dürfte sich in den neuen Demokratien hinter der Selbsteinstufung als links oder rechts oft auch eine implizite Bewertung des Regimes verbergen, dass in den betreffenden Ländern bis zum Fall des Eisernen Vorhangs herrschte.

Da der EVS auch zu diesem Thema eine Frage enthält,⁴⁴ lässt sich diese Vermutung leicht überprüfen. Eine graphische Darstellung ist bei vier unabhängigen Variablen allerdings nicht mehr möglich; die Ergebnisse werden deshalb in numerischer Form präsentiert. Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse für die neun neuen Demokratien. Auch hier wurden die unabhängigen Variablen vor der Analyse so umskaliert, dass sie (annähernd) gleiche Varianz aufweisen, um die Koeffizienten leichter miteinander vergleichen zu können.

Tabelle 2: Regression der Links-Rechts-Wertes auf vier Einstellungen in 19 europäischen Gesellschaften

⁴³ Dies ist in der Abbildung daran zu erkennen, dass die Datenpunkte, die die Struktur der Links-Rechts-Einstufung repräsentieren, in der Nähe des mit einer kreisförmigen Markierung hervorgehobenen Nullpunktes liegen, an dem *keiner* der untersuchten Faktoren einen systematischen Einfluss auf die Links-Rechts-Einstufung hat.

⁴⁴ „Wo auf dieser Skala würden Sie das frühere politische System der DDR einordnen“ – Antwortvorgaben von 1 („sehr schlecht“) bis 10 („sehr gut“).

	BL	CZ	DE-O	EE	HR	HU	PL	RO	SK
ökonomische Einstellungen	0,20 (0,12)	0,36** (0,08)	0,02 (0,11)	0,17 (0,12)	0,24* (0,12)	-0,08 (0,10)	0,13 (0,14)	0,11 (0,12)	-0,01 (0,10)
traditionelle Moral	-0,46** (0,17)	0,19* (0,08)	0,47** (0,11)	0,02 (0,14)	0,48** (0,18)	0,53** (0,16)	0,85** (0,15)	0,02 (0,16)	0,37** (0,10)
Bewertung Immigration	0,02 (0,13)	0,03 (0,09)	0,39** (0,12)	0,14 (0,10)	0,15 (0,18)	0,04 (0,13)	0,05 (0,13)	0,08 (0,12)	-0,12 (0,10)
Bewertung altes Regime	-1,45** (0,13)	-1,91** (0,09)	-0,58** (0,12)	-0,50** (0,12)	-0,52** (0,19)	-0,42** (0,14)	-1,10** (0,14)	-0,53** (0,13)	-0,90** (0,11)
Konstante	8,24** (0,63)	6,90** (0,36)	3,98** (0,42)	5,78** (0,44)	4,03** (0,63)	4,66** (0,52)	4,65** (0,52)	5,95** (0,57)	6,23** (0,39)
Fallzahl	559	1575	675	522	693	688	703	550	924
Ad. R ²	0,26	0,37	0,10	0,05	0,07	0,04	0,16	0,04	0,12

In Klammern:
Standardfehler

*p<5%;

** p<1%

Quelle: Eigene Berechnung aus dem EVS 1999

Tatsächlich zeigt sich in allen Ländern ein hochsignifikanter Zusammenhang in der erwarteten Richtung: Je positiver ein Bürger das kommunistische Regime in seinem Land bewertet, desto weiter links ordnet er oder sie sich selbst ein. Besonders stark ausgeprägt ist dieser Zusammenhang in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Polen und der Slowakei. Auch dort, wo der Effekt schwächer ist als in diesen Ländern, ist der Einfluss der Regimebewertung *innerhalb* des nationalen Kontextes doch oft die bedeutsamste der vier untersuchten Größen (z.B. in Rumänien oder in Estland).⁴⁵

Vor diesem Hintergrund stellt sich noch drängender die Frage, welchen Einfluss die Position auf der Links-Rechts-Achse auf politische Orientierungen hat, die im eigentlichen Sinne als extremistisch gelten können.

V.2 Einstellungen zu Demokratie und Pluralismus

Glücklicherweise wurde im EVS eine ganze Reihe von Items erhoben, die als Indikator für extremistische, d.h. gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichtete Orientierungen gelten können. Grundsätzlich lassen sich hier drei Abstufungen unterscheiden: Die Bürger können zunächst mit dem *konkreten Funktionieren der Demokratie im eigenen Land* mehr oder minder zufrieden sein. Diese Art von Orientierungen werden häufig als reiner Performanz-Indikator interpretiert, da davon auszugehen ist, dass selbst eine große Unzufriedenheit mit dem *outputs* des Systems relativ unpro-

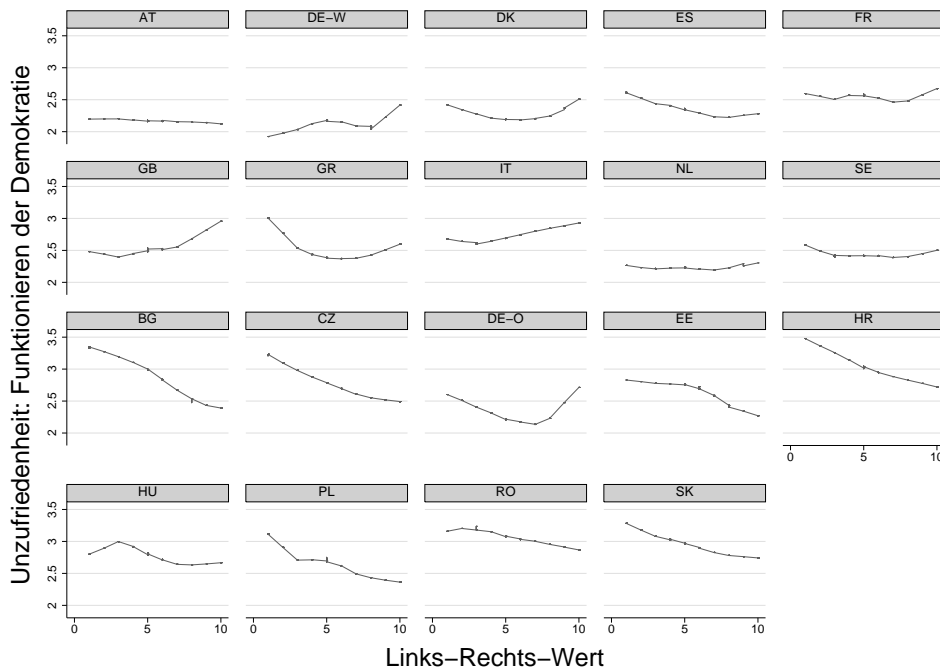
⁴⁵ An den R²-Werten lässt sich ablesen, wieviel Prozent der Gesamtvarianz der Links-Rechts-Einstufung durch die vier Faktoren erklärt werden können. Derartige Werte sind *kein* Maß für die Qualität des geschätzten Modells und lassen sich über (Teil-)Stichproben hinweg nur bedingt miteinander vergleichen. Bei aller gebotenen Vorsicht deuten die sehr niedrigen Werte für Kroatien, Estland, Ungarn und Rumänien aber darauf hin, dass die politische Selbstverortung in diesen Ländern vermutlich von einer Reihe weiterer Faktoren bzw. politischer Konflikte beeinflusst wird, die hier nicht berücksichtigt wurden.

blematisch ist, solange die Bürger davon ausgehen, dass sich die Zustände in Zukunft wieder bessern werden bzw. dass sie die amtierende Regierung bei der nächsten Wahl ablösen und durch eine bessere ersetzen können. Zweitens haben die Bürger unterschiedliche Vorstellungen von der *allgemeinen Leistungsfähigkeit der Demokratie*. Beispielsweise enthält der EVS die Items „In Demokratien funktioniert die Wirtschaft schlecht“ und „Demokratien sind nicht gut, um die Ordnung aufrechtzuerhalten“. Auf Orientierungen diesen Typs soll an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden, da sich in ihnen insbesondere in den neueren Demokratien die Einschätzung der aktuellen politischen Lage mit den für diesen Beitrag interessanteren *grundsätzlichen Bewertungen* mischen dürfte, die die dritte Gruppe von Einstellungen bilden.

Abbildung 3 zeigt zunächst die Beziehung zwischen der politischer Radikalität und dem Grad der Unzufriedenheit mit dem Demokratie, der hier auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 4 (sehr unzufrieden) erhoben wurde. Da hier kein linearer Zusammenhang zu erwarten ist, wurde für die Analyse das sehr anschauliche Lowess-Verfahren gewählt, bei dem die Beziehung zwischen zwei Variablen ohne parametrische Vorgaben modelliert wird. An der (geglätteten) Trendlinie lässt Position direkt ablesen, wie zufrieden oder unzufrieden Personen mit einer bestimmten politischen Situation in den betreffenden Ländern im Mittel sind. Zumindes für die westeuropäischen Demokratien wäre hier ein kurvilinearere Zusammenhang zu erwarten, d.h. die Bürger an den Rändern des politischen Spektrums sollten tendenziell unzufriedener sein als ihre moderateren Mitbürger.

In der Grafik ist jedoch zu erkennen, dass sich nur in den neuen Bundesländern, in Griechenland, sowie – in mehr oder minder stark abgeschwächter Form – in Dänemark, Frankreich und Schweden eine solche Struktur erkennen lässt. In Österreich und den Niederlanden hingegen ist die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie allgemein sehr gering, in Rumänien hingegen sehr groß, ohne dass jeweils ein Zusammenhang mit dem politischen Standpunkt der Befragten zu erkennen wäre. In den übrigen Ländern schließlich nimmt die Zufriedenheit über das politische Spektrum hinweg näherungsweise monoton zu bzw. ab. Auffällig ist dabei, dass in vielen neuen Demokratien (vor allem in Bulgarien, Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei) Personen, die sich selbst am linken Rand einordnen, in hohem Maße mit dem Funktionieren des demokratischen Systems unzufrieden sind.

Abbildung 3: Politischer Radikalismus und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in 19 europäischen Gesellschaften



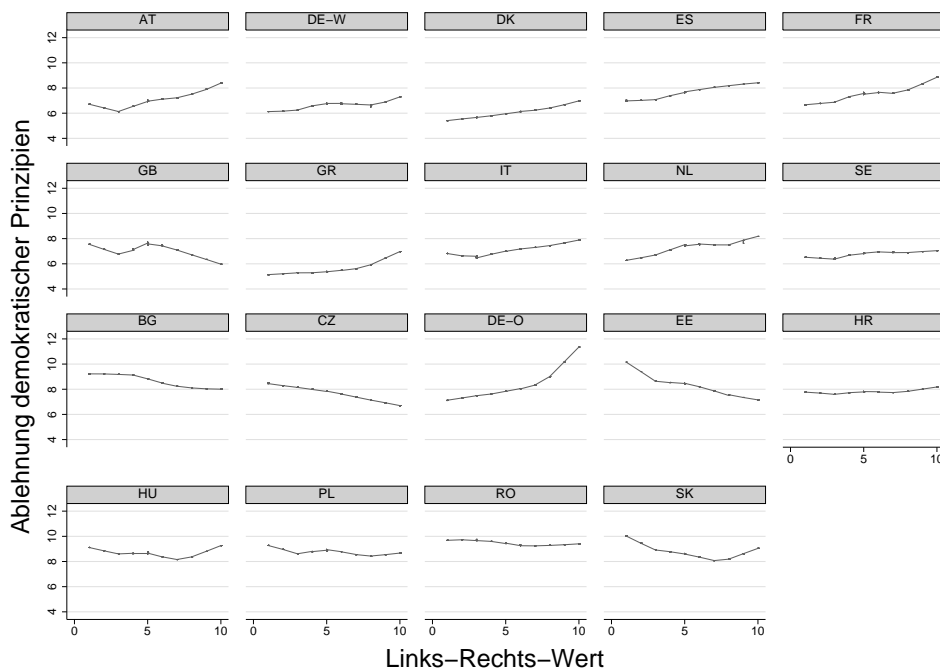
Quelle: Eigene Berechnung aus dem EVS 1999

Verbindet sich diese Unzufriedenheit mit Einstellungen, die als extremistisch gelten können? Um diese Frage in möglichst einfacher Form beantworten zu können, wurde aus vier Items des EVS ein weiterer Summenindikator gebildet, der die grundsätzliche Einstellung zur Demokratie erfassen soll.⁴⁶ Dieser wurde so kodiert, dass hohe Werte für eine ablehnende Haltung stehen. Anschließend wurde eine weitere Lowess-Schätzung durchgeführt (Abbildung 4), so dass sich die Hufeisen-Form zeigen müsste, wenn es tatsächlich den vermuteten Zusammenhang zwischen politischer Radikalität und extremistischen Einstellungen geben sollte.

⁴⁶ „Ich werde Ihnen nun verschiedene Typen von politischen Systemen beschreiben und fragen, wie Sie über die einzelnen Regierungsformen denken. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die Regierungsform als sehr gut (1), ziemlich gut (2), ziemlich schlecht (3) oder sehr schlecht (4) ansehen: ‚Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss‘; ‚Experten und nicht die Regierung sollten darüber entscheiden, was für das Land das Beste ist‘; ‚Man sollte ein demokratisches politisches System haben‘“; „Ich lese Ihnen nun einige Meinungen vor, die manchmal über Demokratien geäußert werden. Können Sie mir bitte sagen, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen (1), zustimmen (2), sie ablehnen (3) oder stark ablehnen (4): ‚Die Demokratie mag Probleme mit sich bringen, aber sie ist besser als jede andere Regierungsform‘“. Eine fünfte Frage, die sich auf die Herrschaft des Militärs bezog, wurde im Index nicht berücksichtigt, um eine Verzerrung zuungunsten der extremen Rechten auszuschließen, die oft eine besondere Affinität zum Militärischen zeigt.

Mit Ausnahme der Slowakei ist eine solche Struktur jedoch in *keinem* der untersuchten Länder auch nur im Ansatz zu erkennen. Vielmehr zeigt sich in vielen westeuropäischen Systemen (Österreich, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Niederlande und Spanien) ein eindeutig positiver Zusammenhang zwischen dem politischen Standort und der Neigung zum Extremismus: Je weiter rechts sich ein Bürger einordnet, desto stärker lehnt er in der Tendenz die hier untersuchten demokratischen Grundprinzipien ab. Sehr ähnlich, aber flacher verläuft die Kurve auch in Italien, Schweden und den alten Ländern der Bundesrepublik. Lediglich in Großbritannien sind Personen, die sich selbst als linksradikal betrachten etwas weniger demokratisch eingestellt als ihre Mitbürger am anderen Ende des politischen Spektrums.

Abbildung 4: Politischer Radikalismus und die Ablehnung demokratischer Prinzipien in 19 europäischen Gesellschaften



Quelle: Eigene Berechnung aus dem EVS 1999

Ein ganz anderes Bild ergibt sich in den neuen Demokratien: In einigen Fällen verläuft die Kurve hier fast völlig flach, d.h. es besteht so gut wie kein Zusammenhang zwischen ideologischem Standpunkt und der Haltung gegenüber der Demokratie. In anderen Ländern hingegen sind die Anhänger der Linken eindeutig antidemokratischer eingestellt als diejenigen Bürger, die sich selbst als rechts ansehen (Bulgarien, Tschechische Republik, Estland). Insgesamt gesehen ist das Niveau antidemokratischer Einstellungen in vielen Ländern Ost- und Mitteleuropas erschreckend hoch. Dies gilt vor allem für Rumänien, mit Einschränkungen aber auch für Bulgarien, Ungarn, die Slowakei und Polen.

Einen nicht nur aus deutscher Sicht besonders interessanten Sonderfall schließlich stellen die ostdeutschen Bundesländer dar, da es sich hier um die einzige neue Demokratie handelt, in der sich das aus Westeuropa bekannte Verteilungsmuster zeigt: Je weiter links ein ostdeutscher Befragter steht, desto eindeutiger bekennt er sich zu den demokratischen Prinzipien, je weiter rechts er sich selbst sieht, desto undemokratischer denkt er. Dabei sind die Unterschiede zwischen selbsterklärten Linken und Rechten größer als in allen anderen untersuchten Ländern.

Zusammenfassend ist damit bereits an dieser Stelle festzuhalten, dass sich die Extreme in der Regel *nicht* berühren: In der Mehrzahl der hier untersuchten Systeme sammeln sich die Extremisten bevorzugt auf einer Seite des politischen Spektrums.

V.3 Determinanten und Konsequenzen extremer Einstellungen

Aus den in Abschnitt V.1 präsentierten Anteilswerten von rechts- bzw. linksradikalen Bürgern in den verschiedenen Ländern sowie aus den im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Zusammenhängen zwischen ideologischer Position und extremistischen Einstellungen ergibt sich zwangsläufig, dass die Nachfrage nach extremistischen Politikentwürfen in den untersuchten Gesellschaften stark variieren muss. Um einen Eindruck von der Größe und ideologischen Verteilung des extremistischen Potentials zu gewinnen, ist es zunächst notwendig, einen Grenzwert festzulegen, ab dem ein Befragter als extremistisch gelten soll. Eine solche Festlegung ist letzten Endes immer willkürlich, lässt sich in diesem konkreten Fall aber gut begründen: Der Summenindex setzt sich aus vier Einzel-Items zusammen (FN 46) und kann Werte zwischen 4 (nur eindeutig demokratische Antworten) und 16 (nur eindeutig extremistische Antworten) annehmen. Personen mit 11 und mehr Punkten auf diesem Index haben deshalb mindestens zwei Fragen in einem stark extremistischen Sinne oder drei Fragen in einem eher extremistischen Sinne beantwortet und können deshalb mit einiger Berechtigung als Extremisten eingestuft werden.

Kombiniert man die Unterscheidung von Extremisten und Demokraten mit der bereits bekannten Einteilung in Linksradike, Rechtsradikale und eine weitgefaßte Mittelgruppe, so lässt sich leicht ablesen, wie groß in den untersuchten Ländern das extremistische Potential insgesamt ist und wie sich dieses über das politische Spektrum verteilt. Damit wird die Fragestellung aus dem vorangegangenen Abschnitt umgekehrt. Während dort untersucht wurde, wie extremistisch linksradikale, gemäßigte und rechtsradikale Bürger sind, geht es nun um die politischen Standorte der Extremisten.

Tabelle 3: Anteil der Extremisten an der Bevölkerung und deren Verteilung über das politische Spektrum in 19 europäischen Gesellschaften

	gesamt	ganz links	davon... mitte	ganz rechts
AT	3	4	88	9
DE-W	3	0	92	8
DK	1	0	100	0
ES	7	7	89	4
FR	10	2	89	9
GB	13	3	97	0
GR	1	0	50	50
IT	5	8	82	10
NL	5	0	100	0
SE	4	3	90	7
BG	16	11	82	8
CZ	7	12	86	3
DE-O	9	0	90	10
EE	9	4	92	4
HR	3	0	84	16
HU	17	8	85	7
PL	16	11	83	6
RO	29	6	83	11
SK	16	7	87	6

Quelle: Eigene Berechnung aus dem EVS 1999

Tabelle 3 zeigt die Ergebnisse. Aus ihr geht hervor, dass in den westeuropäischen Demokratien der Anteil der Extremisten im Sinne der hier gewählten Operationalisierung relativ niedrig liegt. Die höchsten Werte sind in Frankreich, Großbritannien und Spanien zu verzeichnen; in allen übrigen Gesellschaften bewegt sich der Anteilswert zwischen 1 und 5 Prozent. Zweitens ist festzuhalten, dass sich der weit überwiegende Teil dieser Personen *nicht* an den Rändern des politischen Spektrums einordnet.⁴⁷ Dies gilt selbst dann, wenn man eine „weichere“ Definition von Radikalismus zugrunde legt, d.h. die Skalenpunkte 2 und 9 ebenfalls als „radikal“ betrachtet (nicht tabellarisch ausgewiesen). Drittens schließlich ordnen sich in fast allen westeuropäischen Ländern die Extremisten deutlich häufiger am rechten als am linken Rand des politischen Spektrums ein.

Erkennbar anders liegen die Verhältnisse hingegen in den neuen Demokratien. Zunächst liegt dort mit Ausnahme Kroatiens, Estlands und der neuen Bundesländer der Anteil der Extremisten deutlich höher als in Westropa. Zudem stehen links- und rechtsextreme Potentiale dort (mit Ausnahme Ungarns und der neuen Länder) in einem vergleichsweise ausgeglichenen Verhältnis zueinander. Außerdem ist der Anteil der Extremisten, die sich nicht an den Rändern des politischen Spektrums positionieren dort etwas geringer.

Insgesamt gesehen ordnet sich jedoch in beiden Regionen ein großer Teil der Bürger, die der Demokratie zumindest skeptisch gegenüberstehen, in der politischen Mitte im weiteren Sinne ein und bleibt damit vermutlich für die gemäßigten Parteien erreichbar. Dies deckt sich mit einem älteren Befund der deutschen Rechtsextremismusforschung: Selbst unter jenen Bürger, die der Demokratie und den Parteien sehr skeptisch gegenüberstehen und viel vom Gedankengut der extremen Rechten

⁴⁷ Die ungewöhnlichen Werte für Griechenland resultieren aus der insgesamt sehr geringen Zahl von Personen mit antidemokratischen Einstellungen in der griechischen Gesellschaft.

übernommen haben, stimmt die große Mehrheit nicht für NPD, REP oder DVU, sondern enthält sich der Stimme oder wählt eine der großen Parteien.

Umgekehrt können sich die erfolgreichen unter den Parteien, die sich am Rande des demokratischen Spektrums bewegen, beispielsweise die österreichische FPÖ, die italienische Lega Nord, der französische Front National oder die dänische Volkspartei auf eine Wählerbasis stützen, die weit über die Gruppe der (Rechts-)Extremisten hinausgeht. Einige kursorische Beispiele mögen das verdeutlichen: Von den in der Stichprobe enthaltenen Wählern der FPÖ fallen nur 11 Prozent unter die oben vorgeschlagenen Operationalisierung von Extremismus, bei der Lega Nord sind es 10 Prozent, unter den Wählern des FN (dessen Stimmenanteil Ende der 1990er Jahre aufgrund interner Auseinandersetzungen stark zurückgegangen war), können etwa 34 Prozent als extremistisch gelten, bei den Wählern der dänischen Volkspartei schließlich ist aufgrund des Antwortverhaltens kein einziger als Extremist einzustufen.⁴⁸

Eine hohe Verbreitung im eigentlichen Sinne extremistischer Einstellungen in der Bevölkerung ist also weder eine notwendige noch eine hinreichende Voraussetzung für den Erfolg von Parteien, deren demokratische Legitimation zweifelhaft erscheint. Vielmehr scheint dieser Erfolg ganz wesentlich auch vom nationalen politischen Kontext abzuhängen.

Lassen sich die recht unterschiedlichen Anteile von Extremisten an der Bevölkerung durch die von Scheuch/Klingemann bzw. Kitschelt genannten Faktoren erklären? Im Rahmen dieses Beitrages kann diese Frage nur ansatzweise, nämlich für die Gruppe der schlechtqualifizierten Arbeiter geklärt werden.

Tabelle 4: Anteil der Extremisten an nach der Berufsgruppe in 19 europäischen Gesellschaften

⁴⁸ Von den französischen Rechtsextremisten erklärten 22 Prozent, für den FN stimmen zu wollen, weitere 13 Prozent unterstützen die von Bruno Mégret gegründete Konkurrenzpartei. Die mit 35 Prozent größte Gruppe gab an, für die RPR zu votieren. Auf Analysen der Wähler anderer Parteien wurde wegen der insgesamt recht geringen Fallzahlen verzichtet.

	schlecht qualifizierte Arbeiter	
	nein	ja
AT	2	9
DE-W	3	4
DK	1	2
ES	7	6
FR	10	14
GB	11	19
GR	1	2
IT	5	8
NL	4	7
SE	3	8
BG	18	35
CZ	6	11
DE-O	9	7
EE	9	8
HR	3	4
HU	13	26
PL	16	19
RO	32	32
SK	16	22

Quelle: Eigene Berechnung aus dem EVS 1999

Tabelle 4 legt den Schluss nahe, dass dies nicht der Fall ist. Zwar ist der Anteil der Extremisten unter den schlechtqualifizierten Arbeitern in fast allen Ländern höher als unter den übrigen Befragten. Jedoch zeigen sich auch in dieser Vergleichsgruppe dramatische Unterschiede zwischen den Ländern und insbesondere zwischen den westeuropäischen und den ost-/mitteleuropäischen Demokratien. Mit Hilfe einer weiteren logistischen Regressionsanalyse, auf deren Ergebnisse hier nicht näher eingegangen werden soll, lässt sich in der Tat nachweisen, dass (1) erstens das Merkmal „schlechtqualifizierter Arbeiter“ in vielen Ländern die Ausprägung extremistischer Einstellungen in vergleichbarer Weise begünstigt, dass aber (2) auch bei Kontrolle dieses Merkmals statistisch signifikante und substantiell bedeutsame Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern auftreten. Zumindest ein Teil dieser Unterschiede ist vermutlich ebenfalls auf den jeweiligen politischen Kontext zurückzuführen.

Daneben dürften allerdings auch eine Vielzahl von hier nicht berücksichtigen individuellen Eigenschaften eine Rolle spielen. Eines dieser Merkmale – die bereits oben diskutierte Verbundenheit mit dem kommunistischen Regime – könnte überdies für einen Teil der großen Unterschiede zwischen alten und neuen Demokratien verantwortlich sein. Diese Vermutung lässt sich allerdings nicht prüfen, da für die westeuropäischen Demokratien naturgemäß kein entsprechender Indikator zur Verfügung steht.

VI. Fazit

Ziel dieses Beitrages war ein Vergleich von Menschen mit extremen politischen Einstellungen über ideologische und nationale Grenzen hinweg. Dabei hat sich erstens gezeigt, dass der Anteil von Menschen, die sich selbst als radikal ansehen, d.h. an den Rändern des politischen Spektrums einordnen, im Ländervergleich größeren Schwankungen unterliegt. Zumeist dominieren allerdings die (selbsterklärten) Rechtsradikalen. Darüber hinaus konnte zweitens nachgewiesen werden, dass die

inhaltliche Bedeutung der politischen Richtungsbegriffe links und rechts im internationalen Vergleich trotz einiger Gemeinsamkeiten relativ stark variiert. Insbesondere werden in den neuen Demokratien Ost- und Mitteleuropas diese beiden politischen Fundamentalkategorien eher auf die Bewertung des untergegangenen kommunistischen Regimes als auf die aus dem Westen bekannten Konflikte um die Wirtschaftsordnung, die traditionellen Werte und die Fragen der Immigration bezogen.

Drittens ergibt sich, anders als man erwarten könnte, *kein* hufeisenförmiger Zusammenhang zwischen politischem Standpunkt und der Ausprägung extremistischer Einstellungen. In fast allen westeuropäischen Demokratien sowie im Gebiet der ehemaligen DDR zeigte sich vielmehr ein Muster, das in Einklang mit den früheren Untersuchungen von Arzheimer und Klein für das vereinte Deutschland steht: Je weiter rechts sich ein Bürger einordnet, desto stärker lehnt er in der Tendenz die hier untersuchten demokratischen Grundprinzipien ab. In Osteuropa hingegen ist in vielen, wenn auch nicht in allen Ländern ein spiegelbildlicher Zusammenhang zu erkennen, wobei dort das Niveau antidemokratischer Einstellungen insgesamt sehr hoch ist. Festzuhalten ist in jedem Falle, dass sich die Extremisten in vielen Ländern bevorzugt auf einer Seite des politischen Spektrums sammeln.

Auch ein viertes wichtiges Ergebnis entspricht nicht unbedingt den Erwartungen: In den meisten der hier untersuchten Länder ordnet sich die übergroße Mehrheit der Extremisten selbst keineswegs an den Rändern des politischen Spektrums, sondern vielmehr in der linken bzw. rechten Mitte ein. Auch dieser Befund steht in Einklang mit älteren Ergebnissen der deutschen Forschung, denen zufolge (1) keineswegs alle oder auch nur die Mehrheit der antidemokratisch denkenden Bürger sich den Flügelparteien zuwendet und (2) deren Elektorat sich keineswegs nur aus Extremisten zusammensetzt.

Fünftens und letztens schließlich konnte gezeigt werden, dass im Einklang mit den eingangs vorgestellten theoretischen Überlegungen in vielen, wenn auch nicht in allen hier untersuchten Ländern die Gruppe der niedrig qualifizierten Arbeiter in stärkerem Umfang zum extremistischen Denken neigt als ihre Mitbürger. Dieser Effekt reicht jedoch nicht aus, um die substantiellen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und insbesondere die Kluft zwischen West- und Ost-/Mitteleuropa zu erklären. Hier spielen offensichtlich weitere individuelle und vor allem kontextuelle Faktoren eine Rolle, die in der vorliegenden Untersuchung nicht berücksichtigt werden konnten.

Abschließend stellt sich die Frage, inwiefern in künftigen Studien subtilere Formen des Extremismus untersucht werden könnten. Die hier verwendeten Instrumente zielen vor allem auf die Akzeptanz relativ abstrakter demokratischer Prinzipien ab. Wünschenswert wären aber Items, mit deren Hilfe zusätzlich überprüft werden könnte, wieweit diese Prinzipien tatsächlich internalisiert sind

und welche Bedeutung ihnen die Bürger zusprechen, wenn es zu einem Konflikt mit den eigenen Interessen kommt.

Stünde diese zusätzliche Information zur Verfügung, würde sich der relativ große Abstand zwischen alten und neuen Demokratien möglicherweise etwas verringern. Dies zu untersuchen wäre ebenso wie eine detailliertere Auseinandersetzung mit der Sonderrolle der ehemaligen DDR ein lohnender Gegenstand für zukünftige Studien auf diesem Gebiet.